

Besondere datenschutzrechtliche Hinweise zu Bußgeld- und Strafverfahren des Jobcenter Berlin Mitte

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß § 55 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) i.V.m § 63 SGB II, § 45 BDSG und §§ 2 und 46 Abs.1 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) sowie im Rahmen von beim Jobcenter Berlin Mitte geführten Bußgeldverfahren. Ferner gelten diese Hinweise für vom Jobcenter Berlin Mitte veranlasste Strafverfahren.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten sind gem. § 46 Nr. 7 BDSG das

- Jobcenter Berlin Mitte,
vertreten durch den Geschäftsführer,
Kapweg 3-5, 13405 Berlin
Jobcenter-Berlin-Mitte@jobcenter-ge.de
Jobcenter-Berlin-Mitte-Geschaefsfuehrung@jobcenter-ge.de-mail.de

sowie i.V.m. § 50 Abs. 3 SGB II die

- Bundesagentur für Arbeit,
vertreten durch den Vorstand,
Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg.
Zentrale@arbeitsagentur.de
Zentrale.De-Mail-Kundenservice@arbeitsagentur.de-mail.de

Besondere datenschutzrechtliche Hinweise zu Bußgeld- und Strafverfahren des Jobcenter Berlin Mitte

2. Datenschutzbeauftragter

Sollten Sie der Auffassung sein, dass das Jobcenter Berlin Mitte bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen von Bußgeldverfahren und/oder Strafverfahren gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt, können Sie sich mit einer Beschwerde an den behördlichen Datenschutzbeauftragten wenden.

Den Datenschutzbeauftragten des Jobcenter Berlin Mitte, Herrn Klose, erreichen Sie unter der Postanschrift: Kapweg 3-5, 13405 Berlin oder unter folgenden E-Mail-Adressen:

Jobcenter-Berlin-Mitte.Datenschutz@jobcenter-ge.de

Jobcenter-Berlin-Mitte.Datenschutz@jobcenter-ge.de-mail.de

Den Datenschutzbeauftragten der Bundesagentur für Arbeit erreichen Sie unter der Postanschrift: Regensburger Str. 104, 90478 Nürnberg oder über das unter der folgenden Link aufrufbare Kontaktformular:

<https://www.arbeitsagentur.de/ueber-uns/ansprechpartner>

3. Zweck der Verarbeitung

Als zuständige Verwaltungsbehörde nach § 64 Abs. 2 SGB II i.V.m. § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWIG hat das Jobcenter Berlin Mitte gemäß §§ 63 und 64 SGB II die Aufgabe, Ordnungswidrigkeiten nach dem SGB II zu ahnden. In diesem Zusammenhang sind wir nach den genannten Vorschriften befugt, Geldbußen zu verhängen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verfolgt somit den Zweck der Verfolgung und Ahndung von nach § 63 SGB II sanktionierten Verstößen im Rahmen von Bußgeldverfahren und dient daher der Erfüllung der dem Jobcenter Berlin Mitte übertragenen Aufgaben. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das SGB II nach § 63 SGB II ist

Besondere datenschutzrechtliche Hinweise zu Bußgeld- und Strafverfahren des Jobcenter Berlin Mitte

§ 45 BDSG i.V.m. § 64 Abs. 2 SGB II und den fachspezifischen Vorschriften des OWiG und der StPO.

Danach sind dem Empfänger eines Bußgeldbescheides oder dem Beschuldigten im Strafverfahren ferner die Beweismittel zu benennen. Dazu gehört ggfs. auch die namentliche Benennung von Zeugen (z.B. der/die Anzeigende oder Hinweisgeber/-in). Der Empfänger des Bußgeldbescheides oder der Beschuldigte im Strafverfahren soll die Beweiskraft des gegen ihn erhobenen Vorwurfs überprüfen können und in der Lage sein, die Erfolgsaussichten eines Einspruchs gegen den Bußgeldbescheid oder seiner Rechtsverteidigung im Strafverfahren einzuschätzen.

Ferner werden personenbezogene Daten verarbeitet im Rahmen von vorgerichtlichen und gerichtlichen Verfahren vor den Strafgerichten sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

4. Rechte der betroffenen Person:

Ihre Rechte als betroffene Person richten sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten

- im Rahmen von Bußgeldverfahren nach § 46 Abs. 1 OWiG i.V.m. § 45 BDSG sowie §§ 56 ff. BDSG und
- im Rahmen von Strafverfahren nach § 46 Abs. 1 OWiG i.V.m. § 200 StPO.

Danach haben Sie bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen das Recht:

- auf Auskunft,
- auf Berichtigung,
- auf Löschung,
- auf Einschränkung der Verarbeitung

Ihrer personenbezogenen Daten.

Besondere datenschutzrechtliche Hinweise zu Bußgeld- und Strafverfahren des Jobcenter Berlin Mitte

5. Beschwerderecht

Betroffene Personen haben weiterhin die Möglichkeit, sich an den

Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Graurheindorfer Str. 153 in 53117 Bonn

poststelle@bfdi.bund.de

als Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden, sofern sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen das Bundesdatenschutzgesetz und die anderen genannten Vorschriften verstößt.